



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

A 714 Anfrage Koch Hannes und Mit. über wie stark ist das Grundwasser im Kanton Luzern gefährdet? / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Hannes Koch ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Hannes Koch: Das Wasser in unserem Kanton weist eine gute Qualität auf. Gleichzeitig macht es nachdenklich, dass die rechtlichen Anforderungen an die Ausscheidung einer Schutzzone für die Trinkwasserefassung vielfach nicht eingehalten werden können, weil mit der Einzonung oder der Bebauung einer Fläche die absehbaren Konflikte nicht bereits frühzeitig im Nutzungsplanungsverfahren geklärt werden können. Es gibt zwar Schutzzonen, aber die Schutzmassnahmen genügen nach der Einzonung oder Bebauung nicht mehr. Die Fassung muss deshalb allenfalls geschlossen oder verlegt werden. Das zeigt auch eindrücklich die Antwort zu Frage 10 auf. Es macht nachdenklich, dass wir uns das leisten können, wenn wir an die Erfahrungen aus den Hitzesommern 2003, 2015 und 2018 denken, als in der Mittellandregion eine Wasserknappheit geherrscht hat. Es bestehen keine langfristigen Prognosen für die Veränderung des Wasserangebots im Kanton Luzern. In den Regionen ohne ergiebige Grundwasservorkommen (Surental, Seetal, Michelsamt) wird die Wasserverfügbarkeit während der Trockenperioden vermehrt eingeschränkt sein. Zum Glück haben wir unsere Seen; bereits heute muss aber einer raumplanerischen Sicherung des Grundwasserschutzareals eine höhere Bedeutung beigemessen werden. Etwas eigentümlich sind die Aussagen bezüglich des Risikos, der Gefährdung und des Anteils der Bevölkerung, die von einer potenziellen Gefahr betroffen ist. Es kann keine Aussage darüber gemacht werden, wie hoch das Risiko bei einer einzelnen Fassung ist. Der Umkehrschluss ist daher, dass wir keine Ahnung haben, wo und was wir zum Schutz dieser Fassungen tun sollen. Mit keinem Wort wurde auf das Risiko von Verunreinigungen eingegangen. So hat das Bundesamt für Umwelt am 15. August 2019 einen Bericht über die Verunreinigung von Grundwasser vorgelegt. Es wird darauf hingewiesen, dass im Mittelland 80 Prozent der Messstellen eine erhöhte Nitratkonzentration aufweisen, bei 15 Prozent wird der Grenzwert sogar überschritten. Nitrat wandelt sich im Magen zu Nitrit um, das krebserregend ist. Weiter wird im Bericht beschrieben, dass bei mehr als der Hälfte der Messstellen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser auftreten. Wir haben ausreichend Grundwasser zur Verfügung, seine Nutzung wird aber erschwert werden. In einem Drittel der Gemeinden ist es im letzten Jahr zu einer Wasserknappheit gekommen. Wie so oft wird dieses Problem nicht bei den Ursachen bekämpft, sondern die Symptome werden technisch gemildert.

Yvonne Zemp Baumgartner: Ich nehme gleichzeitig zu meiner im Anschluss traktandierten Anfrage A 21 Stellung. Das Grundwasser ist ein wichtiges Gut. Dessen war man sich lange nicht bewusst, sprach man doch immer vom Wasserschloss Europas und ist grosszügig mit dem wichtigsten Nährstoff von uns Menschen umgegangen. Mehr regenarme

Sommermonate und eine fast dramatische Absenkung des Grundwasserspiegels lassen uns aufhorchen und hoffentlich auch umdenken. 43 Prozent des Trinkwassers und fast 90 Prozent des benötigten Wassers in der Industrie stammen aus Grundwasserquellen. Die Antwort der Regierung zeigt auf, dass die Sensibilität für die Wasserknappheit und den Schutz des Wassers zugenommen hat. Leider ist aus den Antworten auch ersichtlich, dass die Regierung zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen abwägt. Die ökonomischen Interessen herrschen unserer Meinung nach vor. Zudem zeigt die Antwort auf, dass ein griffiges Controlling fehlt und kaum Sanktionen zu befürchten sind. Die Zuständigkeiten sind ebenfalls unklar; Erlasse der Regierung sollen plötzlich von den Gemeinden kontrolliert werden. Die Regierung schreibt, dass sie von Firmen mit Nutzungsrechten ein Reporting erhält. Bei Mehrnutzungen werden die Verträge aber einfach angepasst. Wenn Grundwasser abgepumpt wird, beispielsweise auf Baustellen, ist es zumindest wichtig, dass das abgepumpte Wasser versickert, und nicht einfach in einen Bach geleitet wird, wie es in der Region Sursee mehrmals der Fall war. Diesbezüglich besteht Handlungsbedarf. Der Wasserpreis ist nach wie vor sehr tief, daher ist der Anreiz zum Wassersparen sehr tief. Druck und negative Beobachtungen von Privatpersonen möchten Abhilfe schaffen. Auch die Fragen von Hannes Koch zeigen, dass wir zukünftig die Wasserqualität als Ganzes konsequenter schützen müssen und das Wassersparen oberste Maxime werden muss, auch bei der Vergabe von Konzessionen. Wasser zu sparen und weniger zu verschmutzen, ist sinnvoller, als nachher die Symptome zu bekämpfen. Wir alle sind gefordert, das Möglichste zu tun, um die Ressource Wasser wieder nachhaltig zu nutzen, wie es für unsere Eltern und Grosseltern selbstverständlich war. Die Regierung ist aufgefordert, mögliche Lenkungsmaßnahmen zu treffen und konsequent ein regelmässiges Controlling durchzuführen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel, dazu müssen wir Sorge tragen. Es gibt immer mehr Nutzungskonflikte, nicht nur beim Trinkwasser. Es gibt auch regionale Unterschiede; in manchen Regionen ist es schwieriger, die Trinkwasserversorgung genügend aufrechtzuerhalten. Es gibt gute Projekte wie die Aquaregio in Sursee, wo man sich zusammengetan hat und sogar Wasser aus dem Raum Emmen importieren kann. Wir werden uns in Zukunft vermehrt mit dem Trinkwasser beschäftigen müssen. Dazu hat die Regierung den Bericht zur Wassernutzung und Wasserversorgung im Kanton Luzern in Auftrag gegeben. Dieser wird unter der Federführung der Dienststelle Umwelt und Energie ausgearbeitet. Wir werden einerseits eine Auslegeordnung der bestehenden Herausforderungen vornehmen, andererseits aber auch Massnahmen aufzeigen, um diesen Sorgen Rechnung tragen zu können.